

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 846
der Abgeordneten Thomas Jung und Steffen Königer
der AfD-Fraktion
Drucksache 6/1990

Visumpflicht für Bürger aus Westbalkanstaaten

Wortlaut der Kleinen Anfrage 846 vom 08.07.2015:

Die unzureichende Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 661 vom 22.05.2015 führte zur Verwirrung über die tatsächlich in Brandenburg betriebene Abschiebungspraxis bezüglich Bürger aus den Westbalkanstaaten – insbesondere Albanien. Es kommen immer mehr Menschen aus diesen Staaten, wie man den Veröffentlichungen der BAMF entnehmen kann.

Wir fragen die Landesregierung:

- 1.) Unterstützt die Landesregierung die Forderung des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, ab September 2015 Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Drittstaaten zu erklären?
- 2.) Wenn Frage 1 mit „nein“ beantwortet wird, warum nicht?
- 3.) Wie positioniert sich die Landesregierung zu einer Einführung der Visa-Pflicht für Menschen, die aus Serbien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Albanien nach Deutschland einreisen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Unterstützt die Landesregierung die Forderung des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, ab September 2015 Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Drittstaaten zu erklären?

Frage 2:

Wenn Frage 1 mit „nein“ beantwortet wird, warum nicht?

Datum des Eingangs: 27.07.2015 / Ausgegeben: 03.08.2015

zu den Fragen 1 und 2:

Die Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung zur Frage der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird erfolgen, sobald ein entsprechender Vorschlag im Bundesrat zur Beschlussfassung ansteht.

Frage 3:

Wie positioniert sich die Landesregierung zu einer Einführung der Visa-Pflicht für Menschen, die aus Serbien, Montenegro, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Albanien nach Deutschland einreisen?

zu Frage 3:

Die Beantragung der Einführung einer erneuten Visa-Pflicht auf EU-Ebene ist eine Angelegenheit des Bundes. Die Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung ist hierzu noch nicht erfolgt.